

Wir für KW

KW er Aufruf - es sind noch 250 Tage bis zur Bürgermeisterwahl in unser Stadt

Die Stadt Königs Wusterhausen hat eine zukunftsorientierte Stadtpolitik verdient. Dazu müssen sich wesentliche Arbeitsinhalte der Politik ändern. Königs Wusterhausen muss sich mit Taten zu seinen Mittelzentrumsaufgaben bekennen und damit seiner regionalen Aufgaben stärken. Wir brauchen ein neues Leitbild für die Stadt KW.

1. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt in der Stadt stärken, ohne auszugrenzen.

2. Es geht uns darum bezahlbare

Mieten mit unseren städtischen Wohnungsbaugesellschaften zu sichern. Jeder muss an der prosperierenden Stadtentwicklung der letzten Jahre teilhaben können. Das gilt ganz besonders für die Zukunft. Die Mietpolitik und der Bau von ausreichend bezahlbaren Wohnungen sind geeignete Möglichkeiten, dieses zu erreichen.

In den nächsten Jahren sollen (ob real oder nicht) 700 bis 3200 neue Wohnungen von verschiedenen Trägern in KW errichtet werden. Das entspricht einem Drittel der Einwohnerzahl der Stadt. Bürgervertreter und Verwaltung müssen von Anfang an dafür Sorge tragen,

dass sich Investoren von Wohnanlagen nicht ihren sozialen Verpflichtungen für die Stadt entziehen. Hierfür bedarf es eines Gesamtentwicklungskonzeptes für die Stadt als Ganzes und für ihre Ortsteile. Die seit Jahren nicht



fertig werdenden Flächennutzungs- und Stadtentwicklungspläne müssen endlich unter Berücksichtigung der Bürgervorschläge öffentlich vorgestellt und von der SVV bestätigt werden.

3. Seien wir endlich mutig und schreiben ein Leitbild der Stadt bis 2030 auf. Damit erreichen wir Planungssicherheit für KW'er Einwohner/innen und Investoren.

4. Gute Bildung in den Kindertagesstätten und gute Bildungsangebote an den städtischen Schulen sind uns ein Kernanliegen. Mit der Bevölkerungsentwicklung müssen die Angebote für Kindertagesstätten sowohl für Schulen, Plätze in

ausreichendem Umfang und in der erforderlichen Qualität mithalten. KW hat heute schon zu wenige Schulen und Kindertagesstätten. Seit Jahren wird hier nicht genug investiert und die geplanten Schulneubauten werden nicht vor 2020 umgesetzt sein.

Die verkehrstechnischen Ströme müssen besser mit der Entwicklung der Schulstandorte synchronisiert werden. Sichere Verkehrswege müssen unter der Maßgabe der Bevölkerungsentwicklung und der Schulstandorte geplant werden.

Wir setzen uns ein für die schrittweise Beitragsfreiheit der Kinderbetreuung in

Brandenburg, im Landkreis Dahme Spreewald und unserer Stadt KW. Eltern sollen für den Kitabesuch ihrer Kinder bald nichts mehr zahlen müssen.

5. Ein Verkehrskonzept für die Stadt muss endlich her. KW ist eine große Flächenstadt und benötigt dringend ein Gesamtkonzept auch für seine Verkehrsströme. Die Entwicklung der in KW tätigen Unternehmen und die, die sich neu ansiedeln wollen benötigen eine effektive Infrastruktur. Das schließt unter anderem die Verkehrswege ein.

6. Integration ist eine Verpflichtung für die Zukunft. Neu ankommende Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt haben die gleichen Rechte und Pflichten, wie Menschen die schon bei uns wohnen. Sie müssen die Chance erhalten zur Integration.

7. Die Bürger erwarten zu Recht klare, nachvollziehbare Entscheidungen der Verwaltungen und eine rechtzeitige Information über anstehende wie getroffene Entscheidungen. Die Etablierung und Nutzung effektiver Instrumente der Mitbestimmung für die Bürger von KW ist heute dringender denn je.

Es muss Schluss sein mit der seit Jahren laufenden Schrumpfung der Stadtverwaltung. Diese Fehlentwicklung hat ein nicht mehr tolerierbares Niveau erreicht und schadet der Stadt und ihren Bürgern. KW, als eine sich entwickelnde Stadt, benötigt dringend eine effiziente und leistungsfähige Verwaltung mit ausreichend und qualifizierten Mitarbeitern. KW hat einen millionenschweren Investitionsüberhang, der auch deshalb weiter wächst, weil die Verwaltung soweit geschrumpft wurde, dass die verbliebenen Mitarbeiter die anstehenden Planungsaufgaben für städtische Baumaßnahmen gar nicht mehr bewältigen können. Gleiches trifft auf andere Bereiche zu. Mit dieser Politik der letzten Jahre schadet sich KW selbst.

8. KW die Stadt des Sportes: Ein lange überfälliges Programm zum weiteren Erhalt der Sportstätten muss her. Wir wollen einen freien Zugang für Kinder

und Jugendliche zur städtischen Sport- und Kulturstätten.

Wir wollen auch, dass KW seinen Bürgern aller Altersstufen endlich ein Zentrum für kulturelle Initiativen und Beschäftigung errichtet.



8. Ein Lärmschutzaktionsplan und eine Uferzohnensatzung sind in KW überfällig. Die Stadt KW mit ihren Ortsteilen ist einer ständig wachsenden Lärmbelastung ausgesetzt. Die Nutzung von Stadteigenen Uferzohnen muss durch eine Satzung geregelt werden.

Die Autobahn A10, der zunehmende Flugverkehr, zukünftiger

Container-Umschlag auf dem Hafengelände der Firma Lutra sind nur Beispiele.

9. Die Einhaltung von Gesetzen und Entscheidungen der Gerichte ist auch für den MAWV bindend. Schluss mit dem widersetzen auf Kosten der Menschen in unserer Region.

Die Mandatsträger aller demokratischen Parteien sind Ihren Wählern verpflichtet mit ihren Mandaten dafür zu sorgen, dass die mehr als 50 gegen den MAWV obsiegten Urteile vor dem Verwaltungsgericht Cottbus ausreichen und die Anerkennung aller Ansprüche ob Klage erhoben oder nicht seine Rückzahlungspflicht in Bezug auf die „Altanschießer“-Bescheide zu erfüllen.

Wir brauchen eine Entscheidung der Verbandsversammlung, die bestehenden Bescheide unter strikter Wahrung der Sozialverträglichkeit anzupassen und umzustellen. Es ist Zeit ein Härtefallregelung zu verhandeln und unverzüglich der Verbandsversammlung vorzulegen und zu verabschieden.

Impressum:

visdpG Michael Reimann Bürgerswalderstr.26 15711 KW **Wir für Kw.e.V** post@wir-für-kw.de